

# Politischer Wegweiser

für Freiheit und Vaterland

Erscheinungstage: 10. und 25. im Monat. Bezugspreis 75 Pf. monatlich

Nr. 2

Halle (Saale), 25. Januar 1930

6. Jahrgang

## Querschnitte.

**Alle Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel sind verboten.** Das Verbot des preußischen Innenministers ist allerdings ein scharfer Eingriff in die verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte, aber wenn Radikalinskis von links und rechts dauernd die Straße als geeigneten Ort für eine gewalttätige Austragung ihrer politischen Meinungsverschiedenheiten ansehen, bleibt eben nichts anderes übrig. Auch den Arbeitslosen ist am allerwenigsten damit gedient, daß man sie auf die Straße führt und durch Brandreden aufputscht.

**Die Hetze geht weiter.** Das Hitler-Blatt (Völkischer Beobachter) und das führende Kommunisten-Organ (Rote Fahne) machen sich gegenseitig in weiterer Verhetzung den Rang streitig. Ersteres wendet sich offen an die bewaffnete Macht mit der Aufforderung, die nationalsozialistischen Diktaturgelüste zu unterstützen. Die Rote Fahne verlangt jetzt erst recht „Straße frei für die rote Front!“ — Beider Verlangen wird unerfüllt bleiben. Vom inneren Frieden aber sind wir noch recht weit entfernt.

**Wozu Gelder des Reichslandbundes verwendet wurden.** Bei der Nachprüfung der Raiffeisen-Kredite wurde aus den Büchern der Rostocker Landbund-Genossenschaft festgestellt, daß mehr als 50000 Mark in die Kassen des „Stahlhelm“ gewandert sind. Das ist eine recht eigentümliche Art, die Notlage der deutschen Landwirtschaft zu beheben. Sie wirft aber auch ein bezeichnendes Licht auf diese Organisation sogenannter vaterländischer Verbände selbst.

**Flucht aus der deutschnationalen Partei.** Die Austrittsbewegung geht Tag für Tag weiter. Unter einer Reihe anderer deutschnationaler Führer sind jetzt auch der Geschäftsführer des deutschnationalen Arbeiterbundes, Landtagsabgeordneter Lindner und das geschäftsführende Ausschußmitglied des Reichsangestellten-Ausschusses Lucke aus der Partei ausgetreten. Beide Berufsgruppen wollen also mit Hugenberg und seiner Partei nichts mehr zu tun haben. Die Auswirkung auch im Reg.-Bezirk Merseburg wird nicht auf sich warten lassen, wenn auch der Pressebericht über die kürzlich abgehaltene Vorstandssitzung des hiesigen deutschnationalen Landesverbandes davon spricht, daß ein Herr Heft aus Freyburg Vorsitzender eines deutschnationalen „Arbeiterbundes“ und Herr Pfarrer Gisecke in Halle Vorsitzender eines „Evangelischen Landesausschusses“ geworden ist.

**Wir haben noch Geld.** Der Reichsbankpräsident Schacht erhält als Jahresgehalt 340000 Mark. Daneben verfügt er über



einen jederzeit wieder auffüllbaren Dispositionsfonds von unbekannter Höhe. Bei eventueller Verabschiedung muß Herrn Schacht das 8fache seines Jahresgehaltes als Abfindungssumme ausgezahlt werden. Die Direktoren der Reichsbank erhalten durchschnittlich ein Jahresgehalt von 180000 Mark. — Können wir uns solche Gehälter wirklich leisten und sind sie nötig?

**Nie sollst Du mich befragen!** In der Saale-Zeitung befragt der Leitartikler Dr. Elze die Volkspartei nach ihren Gründen für eine Annahme des Youngplanes und beschwört sie vom Standpunkte Hugenbergscher Auffassung aus, sich doch die Sache ja noch reiflich zu überlegen und vor allem die Auswirkung einer volksparteilichen Zustimmung auf die Innenpolitik zu bedenken. Man zerstöre dadurch, meint Dr. Elze, die notwendige Zusammenarbeit aller antimarxistischen Kreise und mache ein parlamentarisches Regieren künftig ganz unmöglich. — Wie besorgt doch das Hugenberg-Blatt um die Volkspartei ist! Und wie sehr ihm mit einem Mal ein „parlamentarisches System“ am Herzen zu liegen scheint! Kommt das von der Einsamkeit, die die Hugenberg-Anhänger heute um sich sehen? Elsa von Brabant hat ihren Schwanen-Ritter durch neugieriges Fragen verloren. Aber die Volksparteiler in Halle sind durchaus nicht von Lohengrins Art. Sie geben Antwort und rühren die Oppositionstrommel. Sie verlangen die schleunige Einberufung des Zentralvorstandes der Partei, weil sie trotz Anerkennung der Bemühungen ihrer Minister Curtius und Moldenhauer im Haag von dem Ergebnis unbefriedigt sind und darin sogar eine Gefährdung der von Stresemann begonnenen Aufbauarbeit in der inneren Politik erblicken. — Der Leitartikler Dr. Elze scheint die Hallesche Volkspartei gut zu kennen. — Ob der Zentralverband der Volkspartei sich als Gewaltiger der Gralsburg fühlen und abwinken wird?

**Duesterberg, Hitler & Co.** Der Stahlhelm in Halle hat am 18. Januar eine Reichsgründungsfeier abgehalten. Festredner war der aus dem Ebert-Prozeß bekannte Landgerichtsdirektor a. D. Hoffmann-Magdeburg. Nach ihm werden Stahlhelm und Hitlers Braunhemden in trauter Gemeinschaft Deutschland zur „Freiheit“ führen. In dieser Gemeinschaft schien sich auch das anwesende Mitglied des Hohenzollernhauses August Wilhelm sehr wohl zu befinden. — Unseres Wissens hat ein rheinischer Stahlhelm-Gauführer in einem Schreiben vom 23. 9. 29 offen erklärt, es sei für den Stahlhelm endlich an der Zeit, mit dem **unwürdigen Prinzenrummel** Schluß zu machen. Und Hitler schrieb am 2. 11. 29 im „Münchener Illustrierten Beobachter“: Bei seinen Erfahrungen mit früheren Monarchen halte er es für richtig, die Republik als Staatsform anzuerkennen. Der Hohenzollernsohn, Stahlhelm und Nazis in Halle scheinen besser zu einander zu passen. — Na schön! Nur nicht stören!

---

### Aus dem Provinziallandtag.

**Landrat Dr. Wandersleb-Querfurt**, der Vorsitzende unseres Bezirksverbandes, ist zum Mitglied des wichtigen Provinzialaus-

schusses gewählt worden. Die Wiederwahl des verdienten Landeshauptmanns Dr. Hübener, der von der Universität Halle-Wittenberg zum Ehrensensator ernannt wurde, ist leider bis zum März verschoben worden. Veranlassung dazu war der Vertagungsantrag der Deutschnationalen und ihres nationalsozialistischen Anhängsels. Hierbei leistete bemerkenswerter Weise die Sozialdemokratie Mithilfe, indem sie sich der Stimmabgabe enthielt. Was wird da hinter den Kulissen gespielt? In Halle gaben kürzlich sozialdemokratische Stadtverordnete ihre Zustimmung zur vorzeitigen Wiederwahl des deutschnationalen Oberbürgermeisters Dr. Rive. Und jetzt unterstützen die sozialdemokratischen Provinziallandtagsabgeordneten denselben Dr. Rive, der als Sprecher des deutschnationalen Vertagungsantrages im Provinziallandtag auftrat. — Auf weitere Entwicklungen kann man gespannt sein.

**Halle.** (Gründung eines Ortsverbandes der Hirsch-Dunckerischen Gewerkvereine). In einer von den Mitgliedern der einzelnen Berufsvereine Hirsch-Dunckerscher Richtung gut besuchten Versammlung wurde die Gründung eines **Ortsverbandes** beschlossen. Der Vorstand setzt sich vorläufig aus den Gewerkvereinsmitgliedern Gerhardt, Wohlleben und Panier zusammen. Als Tagungsort wurde Stadt Leipzig bestimmt. Es ist zu hoffen, daß mit dieser Zusammenfassung zu einem Ortsverband, der auch dem Gewerkschaftsring angeschlossen ist, das Wirken der deutschen Gewerkvereine in Halle einen regen Aufschwung nehmen wird.

**Halle.** In der Woche vom 20.—25. 1. tagten der Vorstand des Beamtenausschusses. — Die Jungdemokraten am 22. — Die Frauengruppe am 23. — Der Angestelltenausschuß am 24. — Die Generalversammlung der Ortsgruppe Halle findet am Dienstag, 28. 1. statt. — Der geschäftsführende Vorstand des Bezirksverbandes hält am 29. 1. eine Sitzung ab.

**Halle.** Der „Jungdeutsche Orden“ hatte für den 21. d. Mts. zu einem weiteren staatsbürgerlichen Ausspracheabend mit dem Thema „Der Jungdeutsche Staatsaufbau“ geladen. Dieser Staatsaufbau stellt letzten Endes nicht viel mehr dar als eine Kopie des Aufbaues des Jungdo. Anstelle des direkten Wahlsystems will man ein indirektes setzen und glaubt dadurch (— was sicher nicht zutrifft —) Parteibildungen verhüten zu können. — Wenn der Jungdo aber verlangt, daß man Staatspolitik nicht vom einseitigen Interessenstandpunkt, sondern nur vom Standpunkt der Allgemeinheit betreiben darf, so kann man ihm nur beipflichten, denn wir sind im nationalen Staate eben eine Sprach-, Kultur- und schließlich auch eine wirtschaftliche Schicksalsgemeinschaft. Das hindert natürlich nicht, daß einzelne trotz dieser Gemeinschaft recht unangenehme Zeitgenossen sein können. Es ist daher unverständlich, daß sich ein Gemeinschaftsgefühl leichter in „Nachbarschaften“ bilden soll. (— Man denke an großstädtische Mietskasernen und ihren täglichen Zank —). Das staatliche Gemeinschaftsgefühl wird sich sicher nicht in einer Nachbarschaft bilden, sondern höchstens eine Interessengemeinschaft zur besseren Be-

leuchtung der X-Straße. Wenn der Jungdo aber mit seiner Arbeit erreicht, daß der Interessentenklüngel und seine Parteien aus der Politik verschwindet, dann wollen wir trotz der falschen Schlußfolgerungen des Jungdo ihn als Mitkämpfer gegen diesen Klüngel begrüßen. — Eine Merkwürdigkeit dieser Versammlung sei noch erwähnt: Herr Gerber von der Wirtschaftspartei, der noch vor wenigen Tagen in Eisleben den Ständestaat propagierte, erklärte sich unter einigen Vorbehalten mit dem Staatsaufbau des Jungdo einverstanden. Er verlangte auch eine Staatsbürgerprüfung, wovon er das Stimmrecht abhängig machen will. Wer dann Ständestaat und Staatsaufbau des Jungdo für das gleiche hält (oder so tut als ob), dürfte bei der Prüfungskommission des Herrn Gerber dann also wohl bestanden haben. — Für die D. D. P. griff Dr. Liebig in die Debatte ein, zeigte das Gemeinsame, unterstrich aber auch deutlich das Trennende.

**Delitzsch.** Am 14. 1. 30 hielt der Kreisverein eine Vorstandssitzung ab, an der von der Geschäftsstelle Dr. Liebig teilnahm. Behandelt wurde vorwiegend das Verhalten bei den Wahlen des Kreistages. — Inzwischen ist auch unser Freund, Rektor Tschanter, in den Kreisausschuß gewählt.

**Eisleben.** Am 18. 1. 30 veranstaltete die hiesige Ortsgruppe unter Vorsitz des Berufsschuldirektors Busse einen Familienabend. Nach einleitenden Musikvorträgen, Klavier und Geige, rezitierte Handelsoberlehrer Hase einige gutgewählte Aussprüche führender Männer über den „Großdeutschen Gedanken“. Alsdann erhielt Dr. Liebig-Halle das Wort zu seinem Vortrag: „Der Großdeutsche Gedanke und der 18. Januar.“ Nach gemeinsamem Singen der dritten Strophe des Deutschlandliedes fand der eindrucksvolle Abend in einigen Klaviervorträgen einen harmonischen Abschluß.

**Oberröblingen a. See.** Gelegentlich ihrer Hauptversammlung und nach Erledigung anderer Beratungsgegenstände faßte die Ortsgruppe nachstehende Entschliebung:

„Wir fordern, daß die Reichsbahn als der wertvollste Sachbesitz des Volksstaates in die in der Reichsverfassung vorgeschriebene „unmittelbare Reichsverwaltung“ zu überführen ist. Wir bitten die Parteileitung um Unterstützung unserer Forderung.“

Die Geschäftsstelle hat die Entschliebung der Reichstagsfraktion übermittelt.

**Weißenfels.** Eine nachträgliche Weihnachtsfeier veranstaltete die Ortsgruppe am 12. 1. Die Festansprache hielt die Hauptvertrauensfrau des Bezirksverbandes, Frau Habe-Halle. Ihre Ausführungen fanden starken Beifall. Das Fest war sehr gut besucht.

**Alle Schreiben und Eingaben an die Parteigeschäftsstelle in Halle sind nur an die Geschäftsstelle der D. D. P. Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 30, nicht an persönliche Anschriften zu richten.**

Verlag: Deutsche Demokratische Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30.  
Verantwortlich: Johannes Dornblüth, Halle (Saale).



# Politischer Wegweiser

für Freiheit und Vaterland

Erscheinungstage: 10. und 25. im Monat. Bezugspreis 75 Pf. monatlich

Nr. 2

Halle (Saale), 25. Januar 1930

6. Jahrgang

## Querschnitte.

Alle Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel sind verboten. Das Verbot des preußischen Innenministers ist allerdings ein scharfer Eingriff in die verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte, aber wenn Radikalinskis von links und rechts dauernd die Straße als geeigneten Ort für eine gewalttätige Austragung ihrer politischen Meinungsverschiedenheiten ansehen, bleibt eben nichts anderes übrig. Auch den Arbeitslosen ist sie auf die Straße



att (Völkischer Be-  
rgan (Rote Fahne)  
g den Rang streitig.  
ete Macht mit der  
turgelüste zu unter-  
recht „Straße frei  
d unerfüllt bleiben.  
echt weit entfernt.  
endet wurden. Bei  
e aus den Büchern  
gestellt, daß mehr  
“ gewandert sind.  
lage der deutschen  
n ein bezeichnendes  
aterländischer Ver-

Die Austrittsbewe-  
he anderer deutsch-  
führer des deutsch-  
eter Lindner und  
Reichsangestellten-  
en. Beide Berufs-  
einer Partei nichts  
Reg.-Bezirk Merse-  
t auch der Presse-  
dssitzung des hie-  
on spricht, daß ein  
deutschnationalen  
Halle Vorsitzender  
orden ist.  
kpräsident Schacht  
en verfügt er über